

liberal bewegt

Liberal³

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

**Medienkonferenz
zu den Kandidaturen der Basler Liberalen
für die Nationalratswahlen 2007**

Dienstag, 14. August 2007

10.30 Uhr

Restaurant „Zum schmalen Wurf“, Rheingasse 10, 4058 Basel

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Liberal liegt im Trend

Felix Werner (Kampagnenleitung)

Im Wettstreit der Parteien wird ‚liberal‘ von allen möglichen Kräften in Anspruch genommen - weil es so schön modern, aufgeschlossen und urban tönt. Im politischen Alltag umgesetzt wird es leider auch auf nationaler Ebene kaum. Die Schweiz ist in den letzten Jahren trotz Lippenbekenntnissen nicht liberaler geworden: Mit immer neuen Regeln wird die Bevölkerung auf den „richtigen“ Weg geleitet.

‚Freiheit und Verantwortung‘

lautet darum das Motto der Kampagne der Basler Liberalen. Im National- und Ständerat braucht es dringend mehr bürgerliche Politikerinnen und Politiker, die sich konsequent für liberale Anliegen stark machen und auch in der Lage sind, sich Gehör zu verschaffen. Mehr Freiheit und mehr Verantwortung bedeutet aus Liberaler Sicht zum Beispiel, dass auch auf Bundesebene endlich dafür gesorgt werden muss, dass einschränkende Regelungen und bürokratische Hindernisse endlich wirklich abgebaut werden oder dass mit dem Argument des „Verursacherprinzips“ neu eingeführte oder erhöhte Gebühren und Abgaben zwingend durch eine Reduktion der Steuerbelastung kompensiert werden. Obwohl sämtliche Bundesratsparteien seit Jahren Abhilfe versprechen, passiert nichts. Der Gesetzesdschungel wuchert munter weiter. Die Liberalen setzen sich dafür ein, dass er überall dort gelichtet wird, wo er Betriebe und die Bevölkerung in unzumutbarer Weise einschränkt.

Politik mit Zukunft

Liberaler Politik hat Zukunft, weil sie sich konsequent für den Schutz und die Förderung des privaten Eigentums einsetzt. Gegenüber staatlichen „Patentrezepten“ zur Bewältigung von Herausforderungen sind Liberale skeptisch, denn in der Regel haben diese primär Einschränkungen und zusätzlichen Aufwand für diejenigen zur Folge, die sich ohnehin an die Regeln halten.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Liberaler – warum es sie in Bern braucht

Die Regierungsparteien haben in der zu Ende gehenden Legislatur nicht durchwegs überzeugt. Zu sehr wird laviert, werden Kompromisse gemacht, muss auch Rücksicht auf Bundesratsmitglieder genommen werden. Ein Beispiel: Dass sich keine Mehrheit im Bundesrat und in den beiden Kammern hat bilden lassen, welche ein deutliches Bekenntnis zur Förderung von Wissenschaft, Bildung und Forschung abgibt, ist bezeichnend. Offenbar waren – wenn überhaupt – höchstens drei Bundesratsmitglieder bereit, einen höheren Satz als 6% für die Erhöhung der BFI-Mittel zu beantragen. Dies spricht nicht für die Bundesratsparteien. Eine unabhängige Kraft wie die Liberalen könnte in dieser Hinsicht viel bewirken und konkret mit ihrem leichten Zugang zu den Universitäten Basel, Neuenburg, Lausanne und Genf und anderen Allianzen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft bilden, welche mit entsprechenden Forderungen an die Bundesratsparteien herantritt.

Wenn es gelingt, in den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg und Basel-Stadt zusätzliche Sitze im National- und Ständerat zu gewinnen und Fraktionsstärke zu erlangen, werden viele Anliegen anders und erfolgsversprechender in die Eidgenössische Politik getragen werden.

Unsere drei Kandidatinnen und zwei Kandidaten verfügen über die Voraussetzungen, ein Nationalratsmandat ausüben zu können. In einer Partei, welche keinen Fraktionszwang kennt, wo die einzelnen Mitglieder also frei sind, ihre Meinung zu vertreten und den Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler zu entsprechen, besteht nicht die Gefahr der Verkrustung in einem der beiden grossen Blöcke. Auch dies haben die Liberalen im Laufe ihrer Geschichte immer wieder bewiesen.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Liberaler und „Grüne“ Anliegen

Die Liberal-demokratische Partei Basel-Stadt (LDP) ist seit Jahrzehnten offen für Umwelthanliegen. Sie bot und bietet Mitgliedern ihre Plattform, entsprechende Gedanken zu entwickeln und Vorstellungen zu präsentieren. Aus ihrer Mitte wurde vom wohl bekanntesten Exponenten für die Verbindung zwischen Anliegen der Umwelt und solchen der Wirtschaft, Christoph Eymann, viele Ideen zur Schonung und zum Schutz unserer Umwelt in die kantonale und nationale Politik eingebracht. Die LDP erkannte schon vor 20 Jahren, dass der hohe Sachverstand in der Finanz-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik eine ideale Basis für den Aufbau von Kompetenz auch in der Umweltpolitik ist. Daraus resultierten nicht nur politische Vorstösse, sondern auch Aktivitäten im Gewerbe unter dem Begriff „Gewerbe und Umwelt“.

Der Bekanntheitsgrad des damaligen Basler Nationalrats war in diesem Bereich so hoch, dass er vom Bundesrat zum Präsidenten des Schweizerischen Komitees des Europäischen Naturschutzjahres 1995 gewählt wurde und als solcher u.a. die Stiftung „Natur und Wirtschaft“ gründete, welche im September 2007 ihr zehnjähriges Jubiläum begehen kann und das Ziel hat, „1000 Naturparks der Wirtschaft zu schaffen“. Die Deklarationspflicht von Holz- und Holzprodukten, die Schaffung eines Biosphärenreservates in Sarawak, die Energiegewinnung durch Biomasse, die Unterstützung von Sonnenenergie-Projekten in der Dritten Welt, ein Sanierungsprogramm für osteuropäische Kernkraftwerke, die Erneuerung des Rahmenkredites für globale Umwelt, die Aufnahme der Nachhaltigen Entwicklung in die Bundesverfassung, der Schutz des Primärwaldes in Sarawak, die Unterstützung eines „Klima-Flugtickets“ auf freiwilliger Basis, Auflösung des Rates für Nachhaltige Entwicklung sind Forderungen, welche Christoph Eymann als Nationalrat lanciert hat. Ausserdem gebührt Christoph Eymann als Mitbegründer der „SUN21“ massgeblichen Anteil am Erfolg dieser Initiative.

Auch von anderen Mitgliedern der Liberalen Nationalratsfraktion wurden Vorstösse lanciert, so 1983 beispielsweise von Nationalrat Jeanneret in Form einer Dringlichen Interpellation zum Waldsterben.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Die Liberale Fraktion des Grossen Rates brachte in den letzten beiden Jahrzehnten eine ganze Reihe verschiedener Anliegen zum Thema Umwelt und Energie ins Parlament ein. Einige Beispiele:

- Anzug Utzinger betr. Wettbewerb für Stadt begrünungs-Vorschläge (1990)
- Anzug Simonius betr. Schienenanschluss an Euroairport (1990)
- Anzug Iselin betr. Revitalisierung der Wiese (1996)
- Anzug Weil betr. Förderung des Energiespargewerbes im Kanton (1996)
- Anzug Bühler betr. Schaffung privilegierter Parkierungsmöglichkeiten für emissionsfreie Fahrzeuge (1996)
- Anzug Weil betr. vermehrte Verwendung des Baustoffes Holz (1996)
- Anzug Bühler betr. Schaffung von Anreizen für energiesparenden Gebäudesanierungen (1996)
- Planungsauftrag Vonder Mühl betr. Ausbau der Fernwärme auf geothermischer Basis (2002)
- Antrag Conradin Cramer zur Einreichung einer Standesinitiative zur Durchführung eines schweizerischen Energie-Gipfels (2007)
- Anzug Christine Wirz-von Planta betreffend Optimierung der Energiegewinnung durch den Kanton Basel-Stadt (2007)
- Anzug Patricia von Falkenstein betr. Schaffung zusätzlicher Anreize zugunsten von Hauseigentümerschaften für wärmetechnische Gebäudesanierungen (2007)
- Interpellation Martin Hug betr. Erhöhung der Stromproduktion des Kraftwerks Birsfelden (2007)

Ausserdem haben die Basler Liberalen mit ihrem Referendum gegen die unnötige Luxussanierung der Elisabethenanlage und die damit verbundene Fällung des alten Baumbestandes gemeinsam mit Ökostadt Basel und anderen Umweltorganisationen und – als aktuelles Beispiel – mit der Wohnbaustudie von Grossrat Peter Zinkernagel, welche u.a. eine konsequente energietechnische Sanierung des überalterten Wohnungsbestandes in der Stadt Basel fordert, unter Beweis gestellt, dass sie sich für ökologische Anliegen einsetzen.

Die Liberalen. **LDP**

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Daraus wird ersichtlich, dass die Basler Liberalen nicht Trittbrettfahrer auf dem Grünliberalen Zug sind, sondern dass sie diese Politik in Basel seit mehr als 20 Jahren vertreten.

Jetzt, wo breitere Bevölkerungskreise erkennen, dass – von Ausnahmen abgesehen – die Grüne Partei stark links anzusiedeln und darum nicht in der Lage ist, ganzheitlich zu politisieren, vereinigen die Grünliberalen viel Sympathien in ihrem Programm. Die Liberalen unterstützen Kräfte, welche erkennen, wie wichtig die Wirtschaft für das Wohlergehen unserer Gesellschaft ist und gleichzeitig konkrete Vorschläge in der Bandbreite der Nachhaltigkeit in die Politik einbringen.

Die Liberalen. **LDP**

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Liberal³

Mit dem Programm „Liberal 21“ haben die Basler Liberalen die Grundlagen einer Liberalen Politik für das 21. Jahrhundert erarbeitet und diese im Februar 2007 verabschiedet.

„Drei“ ist eine magische Zahl, die Listennummer der Basler Liberalen bei den Nationalratswahlen und das Motto für die Kampagne.

Für Bildung, Energie, Arbeit, Region und Kultur ‚hoch 3‘ stehen die Liberalen Kandidierenden Andreas Burckhardt, Conradin Cramer, Gabi Ess, Patricia von Falkenstein und Maria Iselin-Löffler ein.

Die Kampagne wurde von einem internen Team konzipiert und in Kooperation mit dem bekannten Fotografen Angelo Lüdin und dem Grafiker Henri Homberger umgesetzt.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Arbeit³

Andreas Burckhardt (Grossrat und Nationalratskandidat)

Die Wirtschaft ist kein ‚notwendiges Übel‘

Eine funktionierende Wirtschaft, die Arbeitsplätze erhält und neue schafft, ist aus Liberaler Sicht für unsere Gesellschaft zentral. Betriebe jeder Grösse brauchen dafür konkurrenzfähige Rahmenbedingungen, damit sie im nationalen und internationalen Standortwettbewerb mithalten und rentabel arbeiten können. Dies ist mit Blick auf die aufstrebende Konkurrenz in anderen Industriestaaten oder gar in Schwellenländern nicht einfach. Reformen in der Wirtschaftspolitik müssen darum rasch umgesetzt werden können. Die Liberalen fordern einseitige Lockerung von Bestimmungen als Übergang zum „Cassis-de-Dijon“-Prinzip, keine Erhöhung der Lohnnebenkosten, Investitionsanreize für neue Arbeitsplätze, die Förderung von Modellen für den tertiären Arbeitsmarkt sowie dass bei allen Reformen den Anliegen berufstätiger Frauen vermehrt Rechnung getragen wird.

Reformen jetzt einleiten

Die Liberalen unterstützen den Kurs des Bundesrates und insbesondere der Volkswirtschaftsdirektorin. Dennoch haben die Regierungsparteien es bis heute nicht geschafft, genügende Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland gegeben ist. Die sehr gute Wirtschaftslage erlaubt es nicht nur, die notwendigen Reformen jetzt einzuleiten, sie gebietet es vielmehr. Es gilt, pragmatisch vorzugehen. Nicht immer ist es angezeigt, die „reine Lehre“ umzusetzen. So braucht die Schweiz z.B. ein unternehmensfreundliches Patentgesetz, welches unsere innovativen Branchen schützt. Der enorme Aufwand für Forschung und Entwicklung muss lohnend ausgestaltet werden können.

Die Unternehmensbesteuerung ist zu reformieren, die Unternehmen und die Unternehmerschaft sind zu entlasten, damit sie stärker in den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit investieren können.

Die Liberalen. **LDP**

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Überbordende Regelungswut endlich bekämpfen

Überbordende staatliche Regelungswut und ständig steigender administrativer Aufwand belasten Betriebe und Personal immer stärker. Der Gesetzesdschungel wuchert munter weiter. Die Liberalen setzen sich dafür ein, dass er überall dort spürbar gelichtet wird, wo er Betriebe und die Bevölkerung in besonderer Weise einschränkt. Dafür sind bis heute, trotz regelmässiger Beteuerungen aller Bundesratsparteien, keine nennenswerten Anzeichen erkennbar.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Bildung³

Patricia von Falkenstein (Grossrätin und Nationalratskandidatin)

Bildungspolitik: Taten fehlen

Wie oft hören wir die Geschichte von Bildung als einzigem „Rohstoff“ unseres Landes? Diese Aussage hat – bezogen auf die Bundespolitik – bloss die Qualität einer Sonntagspredigt, der keine oder nur ungenügende Taten folgen. Die Schweiz ist dabei, eine grosse Chance zu verpassen. In einer Zeit, in welcher führende Nationen im Bereich der universitären Forschung schwächeln und andere Nationen daran sind, enorme Entwicklungsschritte zu tätigen und unser Niveau zu übertreffen, tut sich der Bund mit der Förderung der Hochschulen sehr schwer. Wohl nennt die Botschaft des Bundesrates über Bildung, Forschung und Innovation die Zielsetzung der Sicherung und Steigerung der Qualität bei Bildungsangeboten sowie die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich Forschung als Voraussetzung für Wachstum. Die Mittel-Allokation mit einer Steigerung von 6% ist aus Sicht der Liberalen nicht ausreichend.

Harmonisierung: Bund trödelt

Die Aufteilung der Bildungsaufgaben auf die Gemeinden, Kantone und den Bund sind aus Liberaler Sicht sinnvoll. Nach der Volksabstimmung über die Bildungsverfassung 2006 lässt es der Bund aber an Entschlusskraft fehlen, die zusätzlichen Kompetenzen auch zu nutzen, um wirksame Anreize für eine inhaltliche Harmonisierung der Bildungseinrichtungen zu schaffen.

Leistungsorientiertes und hoch stehendes Bildungssystem

Die Liberalen setzen sich für ein qualitativ hoch stehendes und leistungsorientiertes Bildungssystem ein. Weitere Harmonisierungsschritte und bessere Tagesstrukturen sind nötig, um dem Bedürfnis nach mehr Mobilität Rechnung zu tragen und die Partizipation der Frauen am Berufsleben zu fördern. Bei sämtlichen

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Bildungsangeboten muss eine kontinuierliche Optimierung angestrebt werden.

Berufsbildung: Bund muss Verantwortung übernehmen

In der Berufsbildung muss der Bund die Kantonalen Zielsetzungen stärker unterstützen, wonach jede Schulabgängerin und jeder Schulabgänger einen Anschluss für Weiterbildung oder Berufsausbildung garantiert haben soll. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit darf nicht allein den Kantonen überlassen werden. Gleiches gilt für die Unterstützung in der Frühförderung: Die Chancengleichheit als wichtiges Liberales Postulat ist nur realisierbar, wenn vorhandene Defizite früh erfasst und wettgemacht werden können.

Departement für Bildung

Die Idee eines eigenen Bildungsdepartementes, welche die Liberale Fraktion im Dezember 2000 in Form einer Motion als erste in die Eidgenössischen Räte eingebracht hat, muss reaktiviert werden. Bildung hat aus Liberaler Sicht einen nicht geringeren Stellenwert als zum Beispiel die Landesverteidigung, der Verkehr oder die Justiz.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Energie³

Conradin Cramer (Grossrat und Nationalratskandidat)

Ungenügende Energiepolitik des Bundes

Eine der wichtigsten politischen Fragen der nächsten Zeit betrifft die Energieproduktion und die Energieversorgung. Vor dem Hintergrund der drohenden Versorgungsengpässe der nächsten Jahre ist die Politik des Bundes nicht akzeptabel. Es gibt kein zufrieden stellendes Konzept. Die Befürworter des Ausbaus der Kernenergie stehen dem Lager gegenüber, das die Energieeffizienz steigern und den Anteil erneuerbarer Energien steigern will. Es findet kein vernünftiger, vorbereitender Dialog statt. Der Bund lässt es zu, dass sich die Konfrontation verschärft und vielleicht letztlich im Parlament mit Zufallsmehr Entscheidungen herbeigeführt werden. Die Liberalen erachten es für angezeigt, einen „Energie-Gipfel“ durchzuführen, und damit eine Einigung zu erzielen, welche kurzfristigen Massnahmen und welche mit längerem Vorlauf anzugehen wären.

Förderung alternativer Technologien

Die Förderung von Technologien, welche für die Energieversorgung der Zukunft wichtig sein werden, erfolgt durch den Bund nur ungenügend. Andere Industriestaaten liegen in der Förderung von Forschung und Entwicklung der „Renewables“ weit vor der Schweiz. Noch ist es nicht zu spät, bestehende Kompetenzzentren in unserem Land zu stärken, in ein Netzwerk einzubinden und mit einem Leistungsauftrag und den nötigen Mitteln auszurüsten. Das Paul Scherrer-Institut der ETH, Institute der ETH-Zürich, der Universität Neuenburg, der Universität Basel und von Fachhochschulen wie weiteren wissenschaftlichen Instituten könnten im Verbund in relativ kurzer Zeit wertvolle Resultate erzielen. Auch die Industrie müsste einbezogen werden. Mit solchen neuen Allianzen könnte der Rückstand auf andere Staaten aufgeholt werden. Die Politik müsste Anschlag-Instrumente anbieten, um die Zeitspanne zu überbrücken bis ein unverfälschter Markt entstanden sein wird.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Senkung des CO2-Ausstosses

Zur Schonung der Energie-Ressourcen tut der Bund zu wenig. Zusammen mit den Kantonen müssten Programme zur Sanierung von energietechnisch schlechten Bauten entwickelt werden. Die Frage nach zusätzlicher Energieproduktion stellt sich anders, wenn mit System Bauten entsprechend saniert werden. Dies würde gleichzeitig zur Senkung des CO2-Ausstosses beitragen.

Entwicklungspolitik

Auch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist die Energiefrage entscheidend. Zur Gewinnung von sauberem Wasser in afrikanischen Staaten sowie zur Deckung des Elektrizitätsbedarfs dieser Länder müsste in einem Programm einer Staatengemeinschaft koordiniert vorgegangen werden. Die Schweiz könnte dabei den Lead übernehmen.

Ausbau der Wasserkraft-Nutzung

Beim Ausbau der Wasserkraft in der Schweiz müsste der Dissens zwischen Naturschützern und der Energiewirtschaft eliminiert werden. Eine Möglichkeit würde eine befristete Abgabe auf den Gewinnen der Stromproduzenten sein mit der Zweckbindung, die Naturalisierung und Revitalisierung von Fließgewässern zu finanzieren.

Kernenergie: Bundesrat muss endlich handeln

Ein allfälliger Ausstieg aus der Kernenergie braucht bekanntlich eine Vorlaufzeit von mehreren Jahrzehnten. Wenn dies ein Ziel sein soll, so muss der Grundsatzentscheid vom Bundesrat bald herbeigeführt werden.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Kultur³

Maria Iselin-Löffler (Parteipräsidentin und Nationalratskandidatin)

Kultur: Hefe und Salz der Gesellschaft

Kultur wird häufig mit der Confiture auf dem Brot verglichen. Das ist falsch, weil Brot auch ohne Confiture gegessen werden kann. Kultur ist bedeutend mehr als bloss „nice to have“: Sie ist die Hefe und das Salz, ohne die es kein Brot gibt! Die Sorge um die Kultur ist deshalb ein urliberales Anliegen: Es geht darum, optimale Bedingungen für unser Zusammenleben zu schaffen. Die Pflege und Entwicklung der Kultur ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein erfolgreiches Bildungswesen.

Bund bewegt sich nicht

Kulturelle Institutionen sind für ein Gemeinwesen wichtig, weil sie massgeblich zu dessen positiver Ausstrahlung und der Identifikation für die Bevölkerung beitragen. Aus Liberaler Sicht ist es richtig, dass die Kultur in den Zuständigkeitsbereich der Kantone fällt. Der Bund kann bekanntlich gem. Art. 69 Abs. 2 Bundesverfassung kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse unterstützen. So wie sich der Bundesrat verlauten liess, ist jedoch nicht beabsichtigt, Geld zur Verfügung zu stellen, um diese Aufgabe auch wahrzunehmen. Obwohl die Kantone und Städte gefordert haben, der Bund solle nach dem so genannten Leuchtturm-Prinzip wirklich herausragende Kultur-Institutionen auch finanziell unterstützen, will sich Bundesbern nicht bewegen. Die Liberalen finden es sinnvoller, das Zürcher Opernhaus, die Bildende Kunst in Basel, das Festival von Montreux etc. gezielt in ihren Bemühungen zu unterstützen, die weit über die Landesgrenzen hinaus Werbung für unser Land zu betreiben, als via Schweiz Tourismus ohne präzise Definition der Ziele Touristen anzuwerben. Unser östliches Nachbarland zeigt uns, wie konsequent und erfolgreich Tourismuswerbung und Kulturförderung verbunden werden können. Viel zu lange hat es auch gedauert, bis der Bund wenigstens in einem bescheidenen Ausmass den Bereich Musik-Ausbildung unterstützt hat. Auch das ein Anliegen, für welches sich die Liberalen jahrelang mit

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Nachdruck eingesetzt hatten. Die Städte, Trägerinnen der grossen und traditionsreichen Kulturinstitute, werden sich deshalb in Bern anlässlich der Debatte über das Kulturförderungsgesetz konsequent Gehör verschaffen müssen, um die für die Finanzierung der anerkannten kulturellen „Leuchttürme“ notwendigen Mittel zu erhalten.

Kulturangebote: Zugang erleichtern

Die Verfassung würde auch erlauben, dass der Bund die Bestrebungen der Kantone mit finanziellen Mitteln fördert, den Zugang zu Kulturangeboten zu erleichtern. Besonders vor dem Hintergrund der gestiegenen Heterogenität unserer Gesellschaft, vor allem in den Städten, wäre dies angezeigt. Die Migrationsbevölkerung nimmt bekanntlich praktisch nicht Teil an Kulturleben. Diesen Zugang zur Spitzenkultur zu ebnen, wäre eine Aufgabe von gesamtschweizerischem Interesse und liesse sich mit geringem Aufwand realisieren.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Region³

Gabi Ess (a. Gemeinderätin und Nationalratskandidatin)

Aus Überzeugung zusammen arbeiten

Die Stadt Basel ist das Zentrum unserer Metropolregion. Grosse Herausforderungen können nur in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn realisiert werden. Es muss in allen Bereichen vermehrt über Gemeinde-, Kantons- und Landesgrenzen hinaus gedacht und gehandelt werden. Ganz besonders gilt dies, wenn der Life Science-Standort seine weltweite Bedeutung beibehalten soll. Der Kanton Basel-Stadt soll verstärkt mit seinen Nachbarn zusammenarbeiten. Die Liberalen sehen Kooperationen nicht als Zwang sondern als Chance - partnerschaftlich und zu fairen Bedingungen für alle Beteiligten. Hindernisse durch die Existenz von Grenzen sollen weniger spürbar sein.

Föderalismus neu definieren

Die Liberalen sind Föderalisten. Das ist aber nicht gleichbedeutend wie dem Kantönlicheist das Wort redend“. Zwar müssen auch in Zukunft die Entscheide nahe bei den Betroffenen gefällt werden. Angesichts der immer enger werdenden Verflechtungen und 55'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die in Basel arbeiten, muss der Föderalismus aber neu definiert werden. Landes- und Kantons- oder Gemeindegrenzen dürfen das Entstehen oder die Festigung der Zusammenarbeit in Regionen nicht behindern. Gebietskörperschaften müssen neu zusammengestellt werden können. Wenn vier Kantone gemeinsame Hochschulpolitik betreiben, ihre Schulsysteme aufeinander abstimmen, ein kulturelles und wirtschaftliches Zentrum haben, liegt der Gedanke nahe, weshalb nicht noch mehr Gemeinsames geschaffen werden soll. Dabei darf die Fusion von Kantonen nicht tabuisiert werden. Die Anliegen der Bevölkerung müssen massgebend sein und die respektiert Gebietsgrenzen bekanntlich weniger als die Politik.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft

Regionen: Anreize schaffen

Der Bund hält sich hinsichtlich der Förderung der Bildung von Regionen zurück. In der Bildungsverfassung für den Hochschulbereich und im Gesundheitswesen sind Ansätze für erwünschte Lenkung im Sinne der Regionalisierung erkennbar. Die Liberalen engagieren sich dafür, dass Prozesse zur Förderung regionaler Projekte bottom-up gesteuert werden und nicht vom Bund verordnet. Verspricht sich der Bund Effizienz-Gewinne von Regionalisierungen, so soll er dazu ein Anreiz-System schaffen.

Keine Zahlpartnerschaften

Die Forderungen nach verstärkten Partnerschaften erschöpft sich aber nicht in der Forderung nach mehr Geld. Echte Partnerschaft bedeutet auch gleichberechtigtes Mitentscheiden in gemeinsamen Gremien und Institutionen. Forderungen nach verstärkter Mitfinanzierung werden wirkungslos verpuffen, wenn es dem Kanton Basel-Stadt nicht gelingt, seinen Nachbarn glaubhaft zu machen, dass er sich weiterhin aus eigener Kraft um einen Abbau von Schulden und um eine ausgeglichene Rechnung bemüht. Gleichzeitig muss der Kanton Basel-Stadt aber auch lernen, ‚NEIN‘ zu sagen, wenn es um die Finanzierung von Projekten geht, die an sich sinnvoll wären, zu deren Mitfinanzierung andere Nutzniessende aber nicht bereit sind. Ein Ausbau der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn bringt allen Beteiligten Vorteile und stärkt die Region. 55'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger arbeiten in Basel.

Die EU hat erkannt, dass Landesgrenzen überschreitende Förderung wichtig ist. Die Schweiz muss sich in diesem Bereich stärker engagieren, beispielsweise beim „INTERREG“-Programm.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft



Andreas Burckhardt

(*1951)

**„Politik braucht aktive Mitwirkung
und offene Zusammenarbeit mit
Allen.“**

Andreas Burckhardt wohnt in Basel, ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Dr. iur., Advokat, Direktor der Handelskammer beider Basel

Seit 1994 leitet Andreas Burckhardt die Handelskammer beider Basel, den regionalen Verband der Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen in Basel-Stadt.

Als früherer Bürgerrat und Präsident des Bürgerspitals war Andreas Burckhardt mitverantwortlich für die Alters- und Behindertenpolitik in Basel. Im Verfassungsrat (bis Februar 2003) und im Grossen Rat (seit 1997) setzt er sich im wirtschaftspolitischen, sozialen und kulturellen Bereich für den Standort Basel ein.

Im Amtsjahr 2006/2007 war Andreas Burckhardt Präsident des Grossen Rates.

Die Liberalen. **LDP**

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft



Conradin Cramer

(*1979)

**„Gute Politik denkt an die
nächsten Generationen.“**

Conradin Cramer wohnt in Riehen.

Dr. iur., Advokat

Von 1999 bis 2005 war Conradin Cramer Präsident der Jungliberalen Basel. Seit 2002 gehört er dem Riehener Einwohnerrat und an. Dort präsidiert er die Kommission für Kultur und Aussenbeziehungen. Seit 2005 ist er zudem Mitglied des Grossen Rates und engagiert sich in der Finanzkommission sowie als Vizepräsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft



Gabi Ess

(*1956)

**„Probleme von heute kann man nicht
mit Lösungen von gestern
bewältigen.“**

Gabi Ess wohnt in Bettingen, ist verheiratet und Mutter eines Sohnes.

Lic. iur., Geschäftsführerin Beratungsstelle Binationale und Dozentin
Höhere Fachschule für Technik

Gabi Ess verfügt als Geschäftsführerin der Stiftung Binationale und als Dozentin an der Höheren Fachschule für Technik über einen breiten beruflichen Leistungsausweis. Als Präsidentin der Vereinigung „Aktives Bettingen“ und während siebeneinhalb Jahren als Gemeinderätin hat Gabi Ess unter Beweis gestellt, dass sie auch in der Politik mehrheitsfähige Lösungen finden und umsetzen kann.

Gabi Ess ist zudem Präsidentin der Naturschutzkommission Bettingen.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft



Patricia von Falkenstein

(*1961)

„In der Politik sind zuhören und reden wichtig; Machen ist wichtiger.“

Patricia von Falkenstein wohnt in Basel, ist ledig und Mutter zweier Kinder.

Lic. iur., Präsidentin Verein für Kinderbetreuung Basel

Patricia von Falkenstein leitete 1992 - 1994 das Sekretariat der Liberalen. Während 10 Jahren wirkte sie als Richterin am Strafgericht und gehörte während dieser Zeit dem Verfassungsrat an. Seit 2006 ist sie Mitglied des Grossen Rates. Als Präsidentin des Vereins für Kinderbetreuung Basel ist sie verantwortlich für die Mütter- und Väterberatung des Kantons, für stationäre und teilstationäre sozialpädagogische Betreuung im Kinderhaus Gellert und die Vermittlung von Tagesfamilien. Neben diesen Aktivitäten wirkt sie u.a. als Präsidentin der fameta (Dachorganisation von verschiedenen Tagesheimen) und als Vorstandsmitglied der Basler Madrigalisten und Schweizer Kammerchor.

Die Liberalen. LDP

Freiheit und Verantwortung: Politik mit Zukunft



Maria Iselin-Löffler

(*1946)

„Wer Verantwortung übernehmen will, braucht Freiheit. Dafür kämpfe ich.“

Maria Iselin-Löffler wohnt in Riehen, ist verheiratet und Mutter von drei erwachsenen Kindern.

Lic. iur., Politikerin

Maria Iselin gehörte dem Einwohnerrat Riehen (1991-1994), dem Grossen Rat (1992-2004) an. Im Verfassungsrat (1999-2005) präsidierte sie die Kommission „Gemeinden und regionale Zusammenarbeit“. Seit 1994 ist sie Gemeinderätin (Exekutive) für Bildung und Kultur in Riehen und seit 2006 Erziehungsrätin. Neben weiteren Aktivitäten ist sie Mitglied im Fachhochschulrat FHNW, Mitglied im Akademierat der Musik Akademie Basel-Stadt und des Denkmalrats, Präsidentin Kommission für Bildende Kunst der Gemeinde Riehen, Stiftungsrätin der Fondation Beyeler, Präsidentin des Fördervereins der Musik-Akademie Basel, Präsidentin der Stiftung Basler Orchester-Gesellschaft (BOG), Vorstandsmitglied des Literaturhauses Basel und Parteipräsidentin der LDP Basel-Stadt.